

Im Laufe der Verhandlungen hat sich als empfehlenswert erwiesen, mit großen Parteien beider Häuser des Reichsrates ein solches Einvernehmen herzustellen, daß die Regierung bei ihren Handlungen eine gewisse moralische Unterstützung aus dem Parlamente erhalte.

Die gestellten Aufgaben sind schwer; deutlich ersichtlich ist, daß die durchzuführenden Entschlüsse nicht alle eine formelle Deckung durch den Reichsrat haben werden, deshalb erstrebt man eine Sammlung der positiven Kraft. Die neue Regierung soll ein Konzentrationsministerium sein, angepaßt den großen Geboten der Zeit. Diesem Gesichtspunkte entspricht es, daß der gewesene Führer der Rechten, der mächtigsten Partei des Herrenhauses, das Ministerpräsidium übernimmt, während die Linke durch Dr. v. Baernreither vertreten sein wird. Dem Deutschen Nationalverband des Abgeordnetenhauses gehört der deutschböhmische Abgeordnete Dr. Urban zu; Tschechen und Polen bleiben durch Baron Trnka und Bobrzynski vertreten. Auch den Christlichsozialen wurde ein Ministerium ohne Portefeuille angeboten, doch wurde von der christlichsozialen Partei der Gedanke einer Beteiligung an der Regierungsbildung auf Grund der vorliegenden prinzipiellen Parteitagbeschlüsse so bestimmt abgelehnt, daß nicht mehr darauf zurückgekommen werden kann. Es soll darin nicht ein feindseliger Akt gegen die im Zuge befindliche Regierungsbildung erblickt werden, sondern der unumstößliche Beschluß, sich die Freiheit nach allen Seiten

hin zu wahren. Was gut ist, werden die Christlichsozialen redlich unterstützen, auch ohne Vertretung im Ministerium, und was schlecht ist, werden sie bekämpfen. Personenfragen spielen dabei keine Rolle. Es bleibt das Urteil, das wir in dieser Krise immer wiederholen: Wer die gestellten Aufgaben erledigt, ist gleichgültig, nur getan müssen sie bald werden, und zwar entschlossen, aus einer starken österreichischen, von dem Gesamtinteresse des Staates erfüllten Gesinnung heraus. Die Größe des Augenblickes, eine Zeit, in der die Gegner unverhüllt die Vernichtung unserer Existenz in leidenschaftlichen Kundgebungen als das Ziel der Kriegsfortsetzung enthüllen, gebietet es, Einwände persönlicher Natur zurückzustellen und die großen sachlichen Ziele über alles zu setzen. In der Arbeit für diese wird es aber keine Nachsichten und schwächlichen Kompromisse geben dürfen.

Dadurch, daß an der Spitze des neuen Kabinetts eine Personenveränderung erfolgte, ist in keiner Weise eine Veränderung der Aufgaben und nicht einmal der Methoden erfolgt. Es ist dies auch dadurch angedeutet, daß derjenige, der bisher die Verhandlungen zur Bildung der neuen Regierung geführt hat und der nun zurücktritt, um dem Führer der stärksten Partei des Herrenhauses Platz zu machen, in der Regierung verbleibt und das wichtige Finanzfach übernimmt.

Die der kommenden Regierung gestellten Probleme gliedern sich in drei Gruppen, die 13 Vorlagen umfassen sollen. Die erste Gruppe ist die Erledigung derjenigen innerpolitischen Angelegenheiten, die ein Erfordernis für die Arbeitsfähigkeit des Abgeordnetenhauses und der Staatsnotwendigkeiten sind: die Geschäftsordnung, die Ordnung der Verständigungssprache und die nationale Ordnung in Böhmen. Vier Minister sind gerade mit Rücksicht auf letzteren wichtigen Programmpunkt den beiden Nationen Böhmens entnommen, zwei Deutsche und zwei Tschechen, Dr. v. Baernreither und Dr. Urban und daneben Clam-Martinic und Trnka.

Die zweite Gruppe umfaßt die Sonderstellung Galiziens.

Die dritte alle mit dem Ausgleich zusammenhängenden Belange.

Wieviel dieser Gruppen in außerparlamentarischer Erledigung behandelt werden können, darüber gehen die Meinungen auseinander; daß die letzte Gruppe jedenfalls dem Parlamente überlassen bleiben solle, darüber stimmen aber alle Parteien des Abgeordnetenhauses überein. Es ist deshalb daran gedacht, daß die österreichische und die ungarische Regierung ihre Vereinbarungen über den Ausgleich nur in einem Verständigungsprotokoll niederlegen, auf Grund dieses Aktes die handelspolitischen Verhandlungen mit Deutschland durchführen und dann erst mit dem Ausgleich vor das Parlament treten.

Die kaiserliche Berufung der neuen Regierung wird voraussichtlich im Laufe des Donnerstags erfolgen.